DOI: 10.1007/s10357-009-1648-8

30 Jahre Vogelschutzrichtlinie

Jochen Schumacher

© Springer-Verlag 2009

Vor 30 Jahren, am 2. April 1979 wurde die Richtlinie des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten – V-RL¹ verabschiedet. Die Richtlinie zählt bis heute zu den bedeutsamsten Instrumenten des europäischen Naturschutzrechts. Sie liefert einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des EU-Ziels der Erhaltung der Artenvielfalt und des europäischen Naturerbes.

In deutsches Recht wurde die Vogelschutzrichtlinie mit großer Verspätung erst mit dem 2. Änderungs-gesetz des BNatSchG vom 30. April 1998 umgesetzt.

Die Vogelschutzrichtlinie beruht auf der Erkenntnis, dass „bei vielen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten wild lebende Vogelarten ein Rückgang der Bestände festzustellen ist, der eine ernsthafte Gefahr für die Erhaltung der natürlichen Umwelt bildet und dass dadurch das biologische Gleichgewicht bedroht wird. Zu den Maßnahmen für die Sicherung der Erhaltung der Vogelarten gehört insbesondere die Gewährleistung einer „ausreichenden Flächengröße der Lebensräume“. Eine internationale Zusammenarbeit erfordert auch der Schutz der Zugvögel, diese ebenfalls ein gemeinsames Erbe der Mitgliedstaaten darstellen.

Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten die geeignetsten Gebiete zu Schutzgebieten zu erklären und Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensräume der Vogelarten zu ergreifen (§ 3, 4 V-RL), sie verlangt zudem die Schaffung allgemeiner Regelungen zum Schutz sämtlicher Vogelarten, die Art. 1 V-RL unterfallen. Dieser umfassende Schutzbereich ist deshalb interessant, weil dadurch die zu schützenden Vogelarten nicht durch eine (abschließende) Liste umschrieben werden. Vielmehr ist das allein ausschlaggebende Kriterium die Beheimatung auf dem Gebiet der Gemeinschaft.² Die Richtlinie will den wirk-samen Schutz der betroffenen Vogelart sicherstellen, der durch Maßnahmen eines einzelnen Mitgliedstaats gefährdet werden kann.³

Art. 5 V-RL enthält – wie Art. 6 lit. a. der Berner Konvention – das Verbot des absichtlichen Tötens und Fangens, der absichtlichen Zerstörung oder Beschädigung von Nestern und Eiern, der Entfernung der Nester, des Sammelns der Eier und ihres Besitzes, der absichtlichen Störung, insbesondere während der Brut- und Aufzuchtzeit, sowie das Halten der Vögel, die nicht bejagt oder gefangen werden dürfen. Die Vogelschutzrichtlinie ist daher auch im Kontext mit den internationalen Regelungen der Bonner Konvention und der Berner Konvention zu sehen, die ebenfalls seit 30 Jahren in Kraft sind.

Durch die Osterweiterung der Europäischen Union von 2004 und 2007 sind neue Arten in die Vogel-schutzrichtlinie aufgenommen worden, die zwar überwiegend in den Beitrittsländern beheimatet sind, aber auch auf dem Gebiet der „alten“ Mitgliedsländer vorkommen können. Auch diese Arten unterfallen jetzt dem besonderen Schutz.

Die Richtlinie wurde 1979 maßgeblich auf Betreiben der deutschen Regierung initiiert. Der Voraussicht der damaligen Richtlinienggeber ist es zu verdanken, dass die Vogelschutzrichtlinie auch 30 Jahre nach ihrem Erlass noch erheblichen Einfluss auf den Schutz von Arten und Lebensräume hat. Im Zeichen des Klima-wandels kommen hierbei neue Herausforderungen auf den Naturschutz zu.

Ass. Jur. Jochen Schumacher, Redaktion Natur und Recht,
Tübingen, Deutschland

1) Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. 4. 1979 über die Erhal-tung der wildlebenden Vogelarten (ABl. L 103 vom 25. 4. 1979, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/105/EG des Ra-tes vom 20. 11. 2006 (ABl. L 363 S. 368).

2) Vgl. *Epiney*, Umweltrecht in der Europäischen Union, S. 333.

3) EuGH, Rs. 247/85, Slg 1987, 3029, Ziff. 6.